

Mahlow, den 07.03.2017



**Bürgerinitiative Mahlower  
Schriftstellerviertel (BIMS) e. V.**

**vertreten durch:**

**Sigrid Zentgraf-Gerlach**  
1. Vorsitzende  
Altes Rad 18

**14469 Potsdam**

**Tel.:** 0331/55087905  
**Email:** info@bi-mahlow.de

**An den**

**Vorsitzenden des Kreistages TF  
Herrn Dr. Gerhard Kalinka**

Heinrich-Zille-Straße 26

**15827 Blankenfelde - Mahlow**

**Petition der BI Mahlower Schriftstellerviertel (BIMS) e. V. zur Messung von  
Ultrafeinstaub-Partikeln (UFP) rund dem künftigen Hauptstadtflughafen BER an  
den Kreistag des Landkreises Teltow Fläming**

Sehr geehrter Herr Dr. Kalinka,

anliegend erhalten Sie eine Petition unseres Vereins BIMS e. V. an den Kreistag  
Teltow-Fläming, dem Sie vorstehen.

Wir bitten um Erörterung und Beratung unter den Kreistagsabgeordneten und  
würden uns sehr freuen, wenn auch der Kreistag sich unser Anliegen mit Mehrheit  
zueigen machen würde.

Mit freundlichen Grüßen

*Sigrid Zentgraf-Gerlach*

Sigrid Zentgraf-Gerlach BIMS e. V.

- 1. Vorsitzende -

Anlage: Text der Petition



**Petition der  
Bürgerinitiative Mahlower Schriftstellerviertel (BIMS) e. V.  
an den Kreistag von Teltow-Fläming  
zum Problem der "Ultra-Feinstaubpartikel (UFP)"**

**Petition:**

Der Kreistag Teltow-Fläming begrüßt und unterstützt Initiativen für eine sofortige und wissenschaftlich fundierte Ultrafeinstaubmessung im Umfeld des BER. Er beauftragt die Verwaltung, sich gegenüber der Landesregierung, den im Landtag vertretenen Fraktionen und den regional zuständigen Abgeordneten im Landtag/Bundestag für eine wissenschaftliche Ultrafeinstaubmessung im Umfeld des Flughafens BER einzusetzen. „Nullmessungen“ sollen noch vor Inbetriebnahme des BER erfolgen.

Der Kreistag wünscht, über die Ergebnisse und Antworten zeitnah zu unterrichtet zu werden.

**Begründung:**

Neben dem Fluglärm hat auch der Schadstoffausstoß von Flugzeugen erhebliche gesundheitliche Risiken und Folgen. Blankenfelde-Mahlow, Großbeeren, Rangsdorf, Ludwigsfelde und Zossen gehören zu den Kommunen bzw. Städten, die mit Inbetriebnahme des BER von Schadstoffemissionen besonders massiv betroffen sein werden. Deshalb ist es auch Aufgabe des Kreistages und der Kreisverwaltung, sich für die Gesundheit der Einwohnerinnen und Einwohner im Landkreis einzusetzen.

Im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung der grünen Landtagsfraktion am 27.01.2016 in Eichwalde wiesen Experten auf die gesundheitlichen Risiken durch Ultrafeinstaub und die an verschiedenen Flughäfen gemessenen, stark erhöhten Belastungen hin. Die Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und BVB/Freie Wähler haben die Landesregierung im Antrag „Luftbelastung durch Ultrafeinstaub am künftigen Flughafen BER messen“ (Drs. 6/3854) aufgefordert, das Landesamt für Umwelt mit der Errichtung und dem Betrieb einer Messstation an geeigneter Stelle unter An- und Abflugrouten des Flughafens BER zu beauftragen und die Messstation vor dem Start des BER in Betrieb zu nehmen. Der Landtag Brandenburg hat am 28.04.2016 den Antrag u.a. mit Verweis auf fehlende Grenzwerte und die Verantwortung des Bundes bzw. der EU mehrheitlich abgelehnt.

Als betroffener Kreis protestieren wir gegen die Entscheidung des Landtags und gegen die Untätigkeit der Landesregierung. Die Landesregierung muss ihrer Fürsorge- und Vorsorgepflicht nachkommen. Wir begrüßen und unterstützen die Initiative der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow und der Schutzgemeinschaft der Umlandgemeinden, die sich gegenüber dem brandenburgischen Ministerpräsidenten, dem Flughafenkoordinator und dem Umweltminister für die Einrichtung von landeseigenen Ultrafeinstaubmessstationen im Flughafenumfeld eingesetzt haben.

Der Kreistag fordert die zuständigen Wahlkreisabgeordneten im Bund und Land und insbesondere die Landesregierung auf, unverzüglich eine kontinuierliche wissenschaftliche Ultrafeinstaubmessung im Umfeld des BER zu gewährleisten. Dem hessischen Beispiel folgend, soll sich auch das brandenburgische Landesamt für Umwelt beteiligen. Um einen Vorher-Nachher-Vergleich zu ermöglichen, sollen die Messungen bereits geraume Zeit vor Inbetriebnahme des BER einsetzen. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, diesem Anliegen eigenständig oder im Verbund mit den Umlandgemeinden Nachdruck zu verleihen und den Kreistag über die Ergebnisse zu unterrichten.

Ohne Messungen keine Langzeitstudien und keine Grenzwerte! Die gesundheitsschädigende Wirkung von Feinstaub ist weitgehend bekannt. Hierfür gibt es gesetzliche Grenzwerte und Mess-Netze.

Anders als für Feinstaub gibt es für Ultrafeinstaubpartikel (UFP), die sich größtmäßig im Nanometerbereich bewegen, aber weder ein geeignetes Messnetz noch Grenzwerte. Auch Ultrafeinstaubpartikel, die mit pathogenen Substanzen (z.B. polyzyklische, aromatische Kohlenwasserstoffe oder Schwermetalle) kontaminiert sind, können erhebliche Folgen für die Gesundheit haben. Sie können die Barriere der Atmungsorgane passieren und bis in das Lungengewebe, die Blutgefäße und letztendlich in alle Organe des Körpers gelangen und dort entzündliche, allergische oder onkologische Erkrankungen hervorrufen.

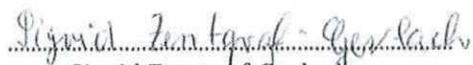
Moderne Flugzeugtriebwerke stoßen große Mengen ultrafeiner Partikel aus. Diese können mit den Methoden herkömmlicher Feinstaub-Messstationen (Wiegen) nicht erfasst werden. Die ultraleichten Partikel werden über große Flächen verteilt und fallen beim Wiegen „nicht ins Gewicht“. Neue Messmethoden (Zählen) erlauben heute die Ermittlung der Anzahl der Ultrafeinstaub-Partikel und eine Zuordnung zum Verursacher. Aufgrund fehlender Messverpflichtungen existieren jedoch insbesondere im Umfeld von Flughäfen noch zu wenige Partikelanzahl-Messergebnisse für die Durchführung der notwendigen medizinisch-epidemiologischen Studien.

Ultrafeinstaubmessungen sind komplex und aufwendig. Kommunen und Kreise können das nicht auf einem wissenschaftlich verwertbaren Niveau leisten. Die Realisierung dieser anspruchsvollen Untersuchungen erfordert nach Angaben des Hessischen Umweltministeriums „umfangreiche Investitionen und auch den Aufbau von Erfahrungen, sowohl im Umgang mit der Messtechnik als auch in der Auswertung und Interpretation der Daten. Die Unterstützung durch andere, für diese Art der Untersuchungen besonders kompetenter Kreise“ sei daher anzustreben.

Solche Netzwerke gibt es. Im seit 2008 bestehenden Ultrafeinstaub-Netzwerk GUAN (German Ultrafine Aerosol Network) haben sich das Umweltbundesamt und weitere Forschungseinrichtungen, wie z.B. das Leipziger Leibniz-Institut für Troposphärenforschung oder das Münchner Helmholtz-Zentrum) zusammengeschlossen. Bundesweit werden derzeit 17 Messstationen betrieben.

Dabei fokussiert man sich bislang v.a. auf die Emissionen im Rahmen des Straßenverkehrs. Der Flugverkehr wurde in Deutschland bislang weitgehend vernachlässigt. Im Rahmen einer Anhörung vor dem Umweltausschuss des Landtags (04.01.2017) wies Marion Wichmann-Fiebig, Leiterin der Abteilung Luftqualität im Umweltbundesamt (UBA), unmissverständlich darauf hin, dass ergänzende Informationen durch Messungen im Umfeld des BER, dem künftig drittgrößten Flughafen Deutschlands, sehr hilfreich wären. Das Brandenburger Landesamt für Umwelt sollte sich daher unverzüglich mit landeseigenen Ultrafeinstaubmessstationen im Umfeld des Flughafen BER beteiligen. Auch der Bund sollte hierfür Fördermittel – z. B. aus der Umweltforschung (UFOPLAN) – für die Erhebung tatsächlicher Daten bereitstellen.

Für die Bürgerinitiative Mahlower Schriftstellerviertel (BIMS) e. V.

  
Sigrid Zentgraf-Gerlach  
- 1. Vorsitzende -

  
Annelie Schwenk  
- Schatzmeisterin -

Heinrich-Spoerl-Weg 4

**15831 Blankenfelde-Mahlow**